

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Ferial-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Edm. Lueders,
609 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haj,
N. W. Corner Third and
Market str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 2 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
1 1/2 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 3ten Monat und auf den
5ten Monat besonders an-
genommen, im Sgr. Sachsen
u. Preuß. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5/8 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Ferial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-
Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 3.

Freitag, 9. Januar.

1874.

Au die Parteigenossen!

Nur noch wenige Stunden und der Tag der Wahl ist gekommen. Für drei Jahre — eine lange Zeit — hat alsdann der Wahlkampf sein Ziel gefunden, haben die Wähler ihr Urtheil gesprochen. Sollen die Wähler sich nicht selbst verurtheilen, so ruft sie am 10. Januar mehr und lebhafter noch als bisher zu ihren Pflichten auf, damit keiner fehle, wenn es gilt, die Finger in die Wundenmale des heutigen Staats- und Gesellschaftslebens zu legen und sich nach den besten Ärzten für diese Wundenmale umzusehen.

Mühe und Opfer hat unsere Partei nicht gescheut, um ihr Programm, ihre Bestrebungen einer großen Anzahl von Wählern klar und faßlich darzulegen. Der 10. Januar soll zeigen, wie weit die Wähler uns verstanden haben und ob wir die Früchte unserer Agitation einzubringen verstehen.

Parteigenossen! Ihr aus den Reihen des arbeitenden Volkes, die Ihr wißt, um was es sich am 10. Januar handelt, die Ihr als Pioniere einer besseren Zeit schon so manchem iren befunden worden, vergißt ganz besonders am Wahltag nicht, was Eure Pflicht erheißt. Geht von Fabrik zu Fabrik, von Werk-
statt zu Werkstatt, von Gehöft zu Gehöft und ermahnt Eure Brüder, daß sie zur Wahlurne schreiten, um Mann an Mann für diejenigen Candidaten zu stimmen, auf deren Fahne der Grundsatz steht: „Gerechtigkeit für die Arbeit — Gerechtigkeit für das arbeitende Volk!“ Und diese Candidaten nennt Euren Brüdern mit Namen — es sind die Candidaten unserer Partei.

Vorwärts zum Wahlkampf! — Umsicht, Muth und Ausdauer sind die drei höchsten Eigenschaften, welche Euch in diesem Kampfe besorgen sollen. Wagt sie Euch, sie sind die Vorbedingung des Sieges!

Hoch die Partei! Hoch die Sozialdemokratie.
Hamburg, 8. Januar 1874.

Der Ausschuss
der sozialdemokrat. Arbeiterpartei.
J. A.:
H. Venneke, kleine Schäferkamp 34.
August Weiß, Köbingsmarkt 12.

Die Krisis in den Vereinigten Staaten

Die Krisis in den Vereinigten Staaten bringt in die dortige Arbeiterbewegung bringen zu wollen. Statt die Hände in den Schooß zu legen und das Elend, welches die ungerathenen gesellschaftlichen Zustände über sie verhängt haben, mit demüthvoller Ergebenheit hinzunehmen und als etwas Unvermeidliches über sich ergehen zu lassen, verlangen die amerikanischen Arbeiter vom Staat Abhilfe ihrer Noth, und verlangen die Staatshilfe nicht als ein Almosen, sondern als ihr gutes Recht. In einer am 12. d. abgehaltenen Massenversammlung der Arbeiter-Union theilte der Secréar derselben mit, daß in Newyork gegenwärtig 10,000 Arbeiter müßig und auf die Unterstützung der Wohlthätigkeitsanstalten angewiesen sind, ferner befinden sich außerhalb des Armenhauses 1200 sog. Bagabunden. Elf Gewerke, welche in den besseren Zeiten 26,200 Arbeiter beschäftigen, haben jetzt nur 5950 angestellt. Im Staate Newyork gehen 182,000 Wittwen von Gewerkschaften müßig. In den „Tenement“-Häusern dieser Stadt wohnen 600,000 Personen. 100,000 Frauen und Mädchen müssen ihr Brod selbst verdienen. Auf diese 182,000 müßiggehenden Bürger des Staates seien nahezu eine Million Menschen angewiesen. — Zum Schluß wurden folgende Resolutionsen einstimmig angenommen: „Daß die Versammelten in Folge der Krisis, welche dadurch hervorgebracht wurde, daß die Regierung die Spekulationswuth ermutigte, brodblos geworden sind; daß sie in Zeiten der Noth (während des Bürgerkrieges) treu zur Regierung gehalten und für die Union gekämpft haben; daß sie alle gewaltsamen Schritte vermeiden und nur Arbeit und Brod haben wollen, welche sie von der Regierung, die sie unterstützt haben, zu verlangen berechtigt sind; daß sie daher einschließen sind, für sich und ihre Familien Obdach und Brod zu beschaffen und die Rechnungen dafür dem Staatsschatzmeister einzureichen, der sie einstweilen bezahlen soll;“ daß sie sofort Arbeit und die Befreiung des Contract-Systems verlangen; daß sie das Achtstundens-Arbeits-System bestim�en, sowie den schleunigen Erlaß eines Gesetzes, welches Individuen oder Corporationen verbietet, hindernd in die Geld-Circulation einzugreifen und so eine Krisis, wie die jetzige, herbeizuführen; daß der von ihnen ernannte Sicherheits-Ausschuß befugt sein soll, Arbeiterversammlungen und Con-
ventionen zu berufen und sich mit den verschiedenen Arbeiterorganisationsen, „Grangers“ u. in Verbindung zu setzen, um ein harmonisches Zusammenwirken zu erzielen; endlich, daß sie in den „Grangers“ die besten Bundesgenossen gegen die Hydra Monopol begrüßen.“

Besonders rühmlich zeigen sich die deutschen Arbeiter der Vereinigten Staaten, namentlich in Newyork und Philadelphia. In Newyork haben die Deutsch redenden Arbeiter in den verschiedenen Wards (Stadtbezirken) Massenversammlungen abgehalten und Beschlüsse gefaßt, die wir schon in der vorletzten Nummer des „Volksstaat“ mittheilten.

In ähnlicher Weise gehen die Arbeiter in Philadelphia und in andern Handels- und Industriezentren vor, und es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die, noch etwas zurückhaltenden Englisch redenden Arbeiter in diese Bewegung werden hineingerissen werden. Die Noth ist eine treffliche Lehr- und Buchmeisterin.

*) Ein Band von Fächern und Banern gegen das Gockapital.

Herr Meyer von der „Berliner Revue“ sieht bereits die amerikanische Republik von dem Anprall der „Grangers“ und internationalen Arbeiter über den Haufen geworfen, „denn — Amerika hat keine Armee, oder doch eine so kleine, daß sie solchem Massenansturm nicht gewachsen ist.“ Es ist recht schön von Herrn Meyer, daß er so offenherzig seinen letzten Gedanken — die bekannte Berliner ultima ratio — ausspricht, allein verrechnet dürfte er sich doch wohl haben. Kein Zweifel: wenn die Arbeiter in Amerika nachdrücklich und in geschlossenen Massen auftreten, kann die Regierung ihnen nicht widerstehen; damit fällt aber nicht die Republik, sondern die Regierung wird nur ihres Klassencharakters entkleidet, und die Republik von den un- und antirepublikanischen Elementen, welche sie jetzt besudeln, gereinigt. Also Pünierung und Stärkung der Republik, nicht deren Schwächung oder gar Zerstörung, und Eisegung durch eine Soldatenherrschaft à la Bonaparte oder Bismard, wird die Folge der gelungenen Arbeiterbewegung sein.

Herr Meyer scheint einen unbedingten Glauben an die Panacee (Allheilkrast) des Militarismus zu haben. „Je größer die Armee, desto fester die Regierung.“ Er vergißt, daß die Geschichte von keiner Regierung mit großen Armeen weiß, die nicht ein schmächtliches Ende genommen hätte. Und noch Eins. Woher kommen denn die „großen Armeen“? Die Herren Adligen und Bourgeois werden doch nicht Soldaten. Das arbeitende Volk ist's, das für die Herren Adligen und Bourgeois den Kuhfuß schleppen muß. Kommt die Masse des arbeitenden Volkes zum Bewußtsein ihrer Lage, dann ist auch die Armee nicht mehr zuverlässig, und sie wird den Herren Bourgeois und Adligen um so gefährlicher, je größer sie ist. Kurz, Herr Meyer, die großen Armeen sind zweischneidige Schwerter; und wir möchten sogar wetten, daß einst die amerikanische Republik, in deren Staatspapieren unsere Fürsten schon heute ihr Geld anlegen, das (erschte, wenn auch vielleicht nicht erreichte) Asyl der letzten Monarchen Europa's sein wird.

Der Laaker-Knüppel

hat seine Auferstehung gefeiert. Und zwar war es diesmal in Frankfurt am Main, wo Herr Laaker eine Candidatenrede hielt; interpellirt, was er im Reichstag 1872 gedacht, als er sich zu der Aeußerung verließ, die Berliner wohlgesinnten Bürger würden die Sozialdemokraten mit dem Knüttel todtzuschlagen, antwortete er nach der „Frankfurter Zeitung“ also: „Er habe die Worte gebraucht, als ein Vertreter dieser Richtung mit der Wiederholung der Thaten der Pariser Commune gedroht habe. Ich kann mir nur denken, daß eine kleine Zahl verwegener Männer, wie die Communarden in Paris war, im Stande wäre, Millionen von Menschen unter Furcht und Angst zu halten und ihnen Verwundung, Plünderung und Gesehe anzulegen, (kostbare Zusammenstellung. Ann. d. Red. d. „B.“) in Feuerbränden und Vernichtung des Eigenthums sich zu fütigen (wir wünschen guten Appetit. Ann. d. Red. d. „B.“), daß dies nur möglich sei durch die moralische Entfittlichung, die während des langen Belagerungszustandes eingetreten sei. Das aber hoffe ich, daß jede ehrliche Bürgerschaft und insbesondere die Bürgerschaft von Berlin (wie undankbar diese ist, sie hat bisher bei allen Wahlen Herrn Laaker durchfallen lassen), wenn Ähnliches versucht werden sollte, den Muth haben werde, solche Menschen mit Knütteln niederzuschlagen.“ (Stürmischer Beifall.)

Eine Replik seitens unseres Parteigenossen Sabor auf diese Laakersche Knüttelade wurde durch Schlußrufe der vermittelst Einladungszettel zusammengetrommelten Bourgeoisversammlung unmöglich gemacht. So wollen wir denn hier mit Herrn Laaker ein Hähnchen rupfen.

Zunächst zeihen wir Herrn Laaker der Lüge und schamlosen Fälschung. Er behauptet, er habe die Drohung mit dem Spießbürger-Knüttel gemacht, „als ein Vertreter dieser Richtung mit der Wiederholung der Thaten der Pariser Commune gedroht habe.“ Bekanntlich ging die Aeußerung Laakers gegen eine Rede Debels über den Antrag auf Einführung einer constitutionellen Verfassung in Mecklenburg. In jener Rede am 8. Nov. 1871 hatte Bebel nicht mit einem Wort der Commune Erwähnung gethan. Laaker mit seiner angeborenen Frechheit und in Ermangelung von Gründen, brach also die Gelegenheit vom Zaun, indem er auf Aeußerungen Debels in der vorhergehenden Reichstagsession zurückgriff und seinen nothigen Angriff machte. Der Vertreter der „Intelligenz“ und der „Bildung“, Herr Laaker, fühlte denn auch damals selbst das Gemeine seines Angriffs, indem er im offiziellen stenographischen Bericht des Reichstags die Worte „mit Knütteln todtzuschlagen“ in die Worte mit „eigener Macht sie niederhalten“ änderte, d. h. fälschte. Nach Erscheinen des offiziellen Berichts in öffentlicher Reichstagsession von Bebel wegen dieser Fälschung zur Rede gestellt, entschuldigte sich Herr Laaker, indem er zu sehr aufgebracht gewesen sei über Debels Vertheidigung der Schandthaten der Pariser Commune. Er gebrauchte also genau denselben Kniff fast mit denselben Worten in der Versammlung in Frankfurt. Im Reichstag wurde ihm aber sofort durch Bebel entgegengehalten, daß er die Pariser Commune in jener Sitzung mit keinem

*) Trotzdem wir die neueste Laakersche Culturthat schon erwähnt, wollen wir doch noch gern nachstehendem, aus der Feder eines bewährten Parteimannes geflossenen Artikel Platz machen. Red. d. „Volksstaat“.

Worte erwähnt, es also eine leere Ausflucht war, wenn Herr Laaker damit seine Gemeinheit entschuldigen wollte.

Herr Laaker hat demnach in Frankfurt dasselbe Manöver wiederholt, wo er sicher sein konnte, daß Niemand da war, der genau mit jenem Vorgang im Reichstag vertraut war, und damit gezeigt, daß die vielgerühmte Laakersche „Ehrlichkeit“ und „Aufrichtigkeit“ citel Wind und Heuchelei ist. Auch das ist bezeichnend, daß während Herr Laaker im Reichstag vor zwei Jahren den Ausdruck „mit dem Knüttel todtzuschlagen“ in einer Anwendung von Schamgefühl als eine Uebereilung bezeichnete, er heute die Schamlosigkeit hat, unter Fälschung des Thatbestandes seine damals „schamvoll“ unterbrückte Aeußerung mit Nachdruck zu wiederholen.

Das ist der Laaker, der gleich seinen grundloslosen Parteigenossen in Reichstag und Landtag rapid auf der schiefen Ebene abwärts rutscht; das für den Reichstag seit sieben Jahren bestehende allgemeine Stimmrecht bei der Forderung, es auch im preussischen Landtag zur Geltung zu bringen, eine „akademische Frage“ nennt. Für die Abschließung der Civilhe — er, der Jude — durch christliche Pfaffen eintritt und mit jedem Tage häudischer die Regierung amwehelt.

Herr Laaker mag sich gratuliren. Seine Knütteltheorie, sein Verhalten bei dem Hastpflichtgesetz, dem allgemeinen Stimmrecht, der Civilhe werden ihm die deutschen Arbeiter ins Conto schreiben, forge er nur dafür, daß sein Knüttel genügend lang und dick ist, wenn es an die Abrechnung geht. Das deutsche und speziell das Berliner Philistertum möchte sein kindisches Vertrauen in seinen (des Philistertums) Muth leicht zu schanden machen, trotz dem „stürmischen Beifall“ seiner Frankfurter Glaubensgenossen!

Politische Uebersicht.

— Charakteristisch für unsere Presse ist die absolute Gleichgültigkeit, welche sie mit Bezug auf die bevorstehende Knebelakte an den Tag legt. Guido Weiß sagt darüber in der letzten Nummer seiner „Wage“: „Es ist eine seltsame und zum Nachdenken auffordernde Erscheinung, die gegenwärtig in der Presse des deutschen Reiches sich zeigt. Die Reichstagswahlen stehen vor der Thür, und man weiß, daß eine der Hauptaufgaben der nächsten Session ein Reichspressgesetz sein wird. Seinem wesentlichen Inhalt nach kennt man es schon und hat sich keiner Täuschung mehr darüber hinzugeben, daß das bisherige Maß von Freiheit, wie es der preussischen und noch mehr der ausserpreussischen Presse beschieden war, fortan die bedeutendsten Beschränkungen erfahren soll. Was wäre nun natürlicher, als daß die Zeitungen sich zusammenthäten und in eigener Sache eine über den Parteistreit sich erhebende Einmüthigkeit bewiesen? Daß sie darauf drängten, allen Candidaten, die sich in diesen Tagen um ein Mandat bewürben, reichsfreundlich oder nicht, müsse eine kleine Zahl bestimmter, unabweidlicher Fragen über ihre Stellung zur Pressgesetzgebung vorgelegt werden? Und von der Antwort hinge dann das Fürwort ab, das in der öffentlichen Besprechung dem Einen oder Anderen zugeordnet würde? Aber es regt sich nichts.“ Warum? Wie ist dies zu erklären? — So bleibt denn als Grund der schweigenden Resignation nur das alte leidige Wort, daß es ja doch nichts helfe. Daß die Männer, die man wählen wolle und von Parteiwegen wählen müsse, nicht des Schlages seien, um unbewußt zu bestehen auf dem, was sie für gut und recht erkannt; daß Fürst Bismard nicht der Mann sei, sich mehr abhandeln zu lassen, als er geben wolle; daß der deutsche Constitutionalismus nur in Compromissen vorwärts schreite, und daß die öffentliche Meinung — der man freilich zu gleicher Zeit die Wurzeln abschneidet — schon siegreich hinauszuschreiten werde aus den allzu engen Schranken, die man ihr jetzt anlege. Und was dergleichen mehr ist. Im Hintergrund steht dann noch, wenn auch unausgesprochen, tröstend der Gedanke, daß ja die Schärfe des neuen Gesetzes sich nicht gegen die „loyale Opposition“ wenden werde, sondern nur gegen die staats- und gesellschaftsgefährliche Journalistik der Ultramontanen und Sozialdemokraten, und da sind wir denn glücklich beim „Culturkampf“ und seinen Kriegspartikeln angelangt.“ So weit die „Wage“. Die Auffassung, daß es ja doch nichts helfe, ist sicherlich nur in sehr wenigen Fällen maßgebend — höchstens bei zwei oder drei Zeitungen, die von „liberalen Sonderlingen“ redigirt sind, denen es mit dem „Liberalismus“ noch Ernst ist. Bei der ungeheueren Mehrzahl unserer Pressorgane wirkt bestimmend der zuletzt erwähnte Gedanke, der jedoch nicht im Hintergrund, sondern zweifelsohne, wenn auch verlogen, im Vordergrund steht. Die naiven Zeiten, wo die Presse gemeinschaftliche Interessen hatte und, vom politischen Parteistandpunkt der einzelnen Organe abgesehen, jedem Versuch, die Pressfreiheit zu beschränken, gemeinschaftlichen Widerstand entgegensetzte, sind längst ein überwundener Standpunkt; die Presse hat sich des stolzen Corpögeists freiwillig entleert und ist die Handlangerin der herrschenden Klassen geworden. Was kümmert sie sich noch um „Pressfreiheit“? Das war eine der jugendlichen Schwärmereien, oder, wie Heine das nennt, Jugendeuseleien, der sie sich in ihrer realpolitischen Reife jetzt schämt. Was heißt „Pressfreiheit“ heute? Doch nichts anderes, als das Recht der Reichsfeinde, Staat und Gesellschaft anzugreifen. Und dieses Recht sollte man ihnen lassen? So „unpraktisch“ sind die journalistischen Vertreter der herrschenden Klassen nicht. Nur her mit dem „Paragraph 20“. Anstandslos aber verziehen sie etwas die Miene; allein ihnen ist ja der Streik nicht gedreht, und wenn sämtliche Ultramontane und Sozialdemokraten

darum baumeln müßten, sie hätten nur Augen und Vergnügen. Und der Reichstag wird den Strid drehen, oder richtiger, den schon gedrehten Strid zur Reichsinstitution machen, wenn nicht die Wahlen des morgigen Tags eine reichsfeindliche Majorität ergeben, oder wenigstens eine reichsfeindliche Minorität, stark genug, das Spiel der Bismarckschen Kulturkämpfer zu durchkreuzen.

— Seit Wochen wirbelt der Artikel über den König Johann von Sachsen — dieser Fürst ist nämlich vor Kurzem gestorben — welchen der „Dresdner Volksbote“ der „Frankfurter Zeitung“ entnommen und in 12,000 Exemplaren verbreitet hat, viel Staub auf in der „liberalen“ Presse Sachsens, und noch immer will die „stille Nacht“ dieser Sorte Organe der öffentlichen Meinung kein Ende nehmen.

Dem gegenüber halten wir es für angemessen zu erklären, daß wir Wort für Wort den Inhalt jenes Artikels als auf voller Wahrheit beruhend anerkennen und uns des Abdrucks seiner nur bedauerlich enthalten haben, weil der „Volksstaat“ als allgemeines Organ der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei mit seinem Räume für Artikel sparsam umgehen muß, die fast ausschließlich einen das sächsische Landesinteresse berührenden Inhalt haben.

Aber die Angelegenheit der fortdauernden heuchlerischen Entstellung, womit die liberale Presse auf jener wahrheitsgetreuen Schilderung der Thätigkeit des verstorbenen Sachsenkönigs herumreitet, ist es wenigstens notwendig, daran zu erinnern, daß diese selbe Presse noch vor 10 Jahren die gleichen Angriffe auf die Regierungswelt des verstorbenen Königs mit hellem Jubel begrüßte. So hat z. B., als vor 10 Jahren Rödel's Buch über Waldheim erschien, dem ein gut Theil der in jenem Artikel des „Dresdner Volksboten“ angeführten Regierungs- und Charaktereigenschaften des verstorbenen Königs entnommen sind, die liberale Presse Sachsens diese Broschüre allgemein gelobt und empfohlen. Ja, wir könnten „Führer“ der liberalen Partei namhaft machen, deren Anstrengungen und Bemühungen es zu verdanken war, daß Rödel's Schrift in einer billigen Volksausgabe erschien und in vielen Hunderten von Exemplaren zum billigsten Preis in den Arbeitervereinen Sachsens empfohlen und vertrieben wurde.

Ein Theil derselben Charakter- und gewissenlosen Menschen, welche heute in heuchlerischer Verehrung vor dem Verstorbenen auf dem Bauche liegen und in hübsch-schmeichelnden Nekrologen ihrer Canaillegenüßigkeit Ausdruck geben, war es auch, die 1866 gegen denselben König Hoch- und Landesverrat spannen und erst durch einen im Friedensvertrag zwischen Preußen und Sachsen aufgenommene Klausel vor den bezüglichen Paragraphen des sächsischen Strafgesetzbuches gerettet werden konnten.

Es ist notwendig, an solche Thatfachen zu erinnern, Menschen gegenüber, die in den niederträchtigsten Denunziationen und Heereien gegen solche Männer sich ergehen, die heute in politischer Hinsicht nur denselben Standpunkt vertreten, den sie, die Denunzianten, Jahrzehnte lang selbst einnahmen.

Nicht genug aber, daß dieses charakterlose „liberale“ Gesindel unisono nach Verfolgung jener angeblich „liberalen“ Angriffe schreit und mit seinem Verfolgungszehebel die Justiz des Landes zu beeinflussen sucht, der alte Rödel selbst, läßt sich, sich und altersschwach geworden, herbei, seine eignen in jener erwähnten Broschüre niedergelegten Ansichten gewissermaßen zu widerrufen.

Es war nämlich öffentlich der Verdacht ausgesprochen worden, daß Rödel selbst der Verfasser jenes so viel Aufsehen erregenden Artikels sei. Dagegen trat nun zunächst in patriotischem Eifer ein in Leipzig wohnender Sohn von ihm auf und, obgleich die „Frankfurter Zeitung“, welche zuerst jene Artikel brachte, bereits die kategorische Erklärung abgab, daß Rödel der Verfasserschaft vollständig fernstehe, hat Letzterer sich noch bemüht gefunden, dies gleichfalls brieflich an seinen Sohn zu schreiben, der sich dann beilegte, den bezüglichen Passus aus seines Vaters Brief zu veröffentlichen. Diese Stelle lautet: „Verbreite es nur recht, daß ich jenem Artikel ganz fremd bin. Ich werde doch einen Lobten nicht beschimpfen, gegen den ich mich bei Lebzeiten gänzlich passiv verhalten habe. Zudem hatte ich stets die Ueberzeugung, daß König Johann immer bestrebt gewesen, nach bestem Wissen recht zu thun. Man muß ihn mit allem Rechte einen gewissenhaften Fürsten nennen. Du siehst also, daß ich eher geneigt bin, ihm eine Lobrede zu halten, wenn auch ich mich seiner nicht gerade zu loben habe.“

Dieser Brief Rödel's hat uns eigenthümlich berührt. Mit Ausnahme der letzten Zeile des Schlusssatzes steht jede Zeile im direktesten Widerspruch mit seinen Auslassungen in seinem Buch: „Sachsens Erhebung und das Buchhaus zu Waldheim“. Rödel hätte besser gethan, seinem eignen guten Aukunden in der Bevölkerung Sachsens zu Liebe, dieses sein pater peccavi zu unterlassen. Er hat augenscheinlich den Artikel, um den es sich handelt, gar nicht gelesen, sonst könnte er ihn nicht „beschimpfend“ nennen, da er, wie schon bemerkt, nur von historischen Thatfachen handelte, für die sein eignes Buch die Hauptquelle war. Auch sieht Rödel's Urtheil von heute über den Charakter des todtten Königs grell ab von dem, welches er 1864 über den lebenden König fällt.

Erinnert er sich dessen nicht mehr, dann empfehlen wir ihm die bezüglichen Stellen seiner eignen Schrift auf Seite 5 und 6 159—162, 166 und 170 nachzulesen und er wird finden, daß er sich weder König Johann gegenüber „gänzlich passiv verhalten“ noch geneigt war, „ihn mit allem Rechte einen gewissenhaften Fürsten zu nennen.“ Rödel hat allerdings auch die stärkste Verurtheilung über Herrn v. Veust in seinem Buche ausgesprochen und es dennoch vermocht, wenige Jahre nach seiner Entlassung aus 13-jährigem Buchhaus unter dem Regim des Herrn v. Veust sich mit dem in Oesterreich wieder zu Ehren gekommenen Minister einzulassen und auszusprechen. Der ehemalige königliche Musikdirector hat sich eben in ihm nicht verleugnet. Trotz alledem empfehlen wir allen Denjenigen, welchen die Artikel über König Johann nicht zugänglich gewesen sind und die sich Aufklärung über ein Regierungssystem in Sachsen verschaffen wollen, welches in den Verfolgungen gegen die Sozialdemokratie heute von Neuem aufleben zu wollen scheint, seine Schrift „Sachsens Erhebung und das Buchhaus zu Waldheim“ zum Studium. Sie ist durch die Expedition des „Volksstaat“ zum Preis von 10 Mgr. zu beziehen und eignet sich namentlich zu Vorträgen und Vorträgen in den Zusammenkünften und Versammlungen der Parteigenossen. Auch wird sie Manchem über manches Licht geben, über das er bis heute bedenklich den Kopf geschüttelt.

— Interessant für Ärzte und Naturforscher ist folgende Notiz, die wir in der Berliner „Volkszeitung“ vom 4. d. finden: „Der Kaiser (der beiläufig seit 8 Wochen krank ist und schon zu verschiedenen Malen todtgesagt wurde, hat sich in den letzten Tagen sehr viel besser befunden, als je seit einer Ertran-

lung. Für Diejenigen, welche die Gewohnheiten des Kaisers kennen, ist es — so bemerkt das „Deutsche Wochenblatt“ — ein unzweifelhaftes Zeichen dieser Besserung, daß derselbe am Neujahrstage wieder die militärische Kleidung angelegt hat, nachdem er während seiner Krankheit im Hause bürgerliche Tracht getragen hatte.“ Herr Virchow wird vielleicht wissenschaftliche Forschungen über den Zusammenhang anstellen, der zwischen Gesundheit und zweierlei Tuch, und zwischen Krankheit und einerlei Tuch besteht. Vielleicht wird der Uniformrod in die deutsche Reichspharmakopoe“) aufgenommen. Ob das deutsche Volk es als ein Zeichen der Gesundheit betrachtet, daß der Kaiser sich nur in der Uniform wohl fühlt, lassen wir dahingestellt.

— Megy todt! Der „Newyork-Herald“ berichtet, daß Megy, das bekannte Communemitglied, am 12. Dezember in Hoboken bei Newyork todt gefunden worden sei, und zwar unter Umständen, die auf Selbstmord deuten. Wenn der Bericht des „Herald“ wahr ist, scheint der Unglückliche, der sich fortwährend von Agenten der Versailler Nordbände verfolgt glaubte, in den letzten Monaten seines Lebens irrsinnig gewesen zu sein. Wir erwarten genauere Mittheilungen von unseren Newyorker Freunden. Megy war 45 Jahre alt; er kämpfte in der Junikriegsaktion 1848 mit und wurde schwer verwundet; nach dem Staatsstreich des 2. Dezember 1851 half er eine Barricade verteidigen und entging mit knapper Noth Cayenne; 1868 erschloß er einen bonapartistischen Polizeigenoten, dem widerrechtlich verhaften wollte; 1870 kämpfte er im Flourens'schen Corps, und stand bis zum Fall der Commune stets in den vordersten Reihen. Er entwichte in Frauenkleidern nach England, von wo er sich nach America begab. Mögen ihm und den Andern bald die Rächer ersichen!

— In Spanien nehmen die Dinge genau den Verlauf, den wir von Anfang an vorausgesagt: durch Bekämpfung der weitergehenden Fraktionen der Demokratie hat der Mäxterrepublikaner Castelar die Macht der Demokratie gebrochen und der monarchischen Reaction den Weg gebahnt. Nach den letzten Berichten hebt Serrano nebst andern royalistischen Generalen schon frisch das Haupt. Natürlich — dem Thiers folgt der Mac Mahon.

(*) Sammlung der Arzneivorschriften.

Arbeiter-Schutzgesetz.

Im „Volksstaat“, dem Organ der Cigarren- und Tabakarbeiter, finden wir nachstehenden Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes, welchen die Verwaltung des Tabakarbeitervereins den Arbeiter-Abgeordneten im Reichstage empfiehlt:

1. Für alle Personen, welche in Accord, Wochenlohn, Tagelohn, Stücklohn oder für Gehalt in Fabriken, Werkstätten, gewerblichen Anstalten oder Bauten beschäftigt sind, ist eine tägliche Arbeitsschicht (Normalarbeitstag) gesetzlich festzustellen. Kürzere Arbeitsschichten, als die gesetzlich festgestellten, sind der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterworfen.
- Die Ortspolizei-Behörde ist befugt, eine Verlängerung der gesetzlichen Arbeitsschichten um höchstens zwei Stunden täglich und auf höchstens drei Wochen mit Bewilligung der Arbeiter zu gestatten, wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Geschäftsbetrieb unterbrechen und ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis herbeigeführt haben.
2. Die Arbeitsschicht beträgt:
 - a) Für männliche Personen, welche das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben, täglich 10 Arbeitsstunden.
 - b) Für weibliche Personen jeden Alters und für jugendliche männliche Personen, bis zu vollendetem 18. Lebensjahre, täglich 8 Arbeitsstunden.(Eine Arbeitsstunde ist gleich einem vierundzwanzigstel Tag.)
3. Wöchnerinnen dürfen während der ersten 28 Tage nach ihrer Entbindung in Fabriken, Werkstätten, gewerblichen Anstalten oder auf Bauten nicht beschäftigt werden und darf eine Kündigung oder Entlassung während dieser Zeit nicht stattfinden.
4. Kinder, welche das 16. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, dürfen in Fabriken, Werkstätten, gewerblichen Anstalten oder auf Bauten nicht beschäftigt werden.
5. Für Minderjährige, bis zu vollendetem 18. Lebensjahre, sind die Fortbildungs- und Berufsschulen obligatorisch.
6. Sonntagsarbeit ist verboten.

Die Ortspolizei-Behörde ist befugt, dieselbe ausnahmsweise zu gestatten, wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Geschäftsbetrieb in der Fabrik oder Werkstatt unterbrechen haben oder die Sonntagsarbeit sich zur Verhütung von Unglücksfällen, sowie im Interesse des Staats oder der Gemeinde als unumgänglich notwendig erweist.

Personen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen des Sonntags in Fabriken, Werkstätten, gewerblichen Anstalten und auf Bauten nicht beschäftigt werden.

Geschäfte, welche giftige Stoffe verarbeiten, dürfen, soweit es irgend möglich ist, nur in Fabriken oder Werkstätten betrieben werden. Diese Fabriken oder Werkstätten sind der regelmäßigen Kontrolle der Sanitätspolizei sowie der eventuellen Untersuchung der Reichs-Arbeits-Inspectoren zu unterstellen.

Zu widerhandlungen gegen obige Bestimmungen sind an Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Freiheitsstrafen zu ahnden, welche niemals in Geldstrafen verwandelt werden dürfen. Zu widerhandlung gegen die Bestimmung, betreffend die Beschäftigung der Kinder unter 16 Jahren, sind an Arbeitgeber und Eltern oder deren Stellvertreter mit Freiheitsstrafen zu ahnden.

Abänderung des Haftpflichtgesetzes dahin, daß die Haftpflicht der Unternehmer bei Unglücksfällen in Fabriken, Werkstätten, gewerblichen Anlagen, Bergwerken, Salinen und Bauten nicht von der Schuldbeweisführung der von dem Unglück Betroffenen abhängig gemacht werde.

Zur Aufsicht über die Ausführung der Arbeiter-Schutzgesetz sind für den Umfang des deutschen Reiches Staatsbeamte mit dem Titel Reichs-Arbeits-Inspectoren anzustellen. Diesen Reichs-Arbeits-Inspectoren kommen, soweit es sich um die Ausführung der Arbeiter-Schutzgesetz handelt, alle amtlichen Befugnisse der Polizei-Behörde zu.

Insondere haben sie das Recht, zu jeder Zeit Revision der gewerblichen Anstalten vorzunehmen, so lange dieselben nicht dauernd außer Betrieb gestellt sind.

Die Reichs-Arbeits-Inspectoren sind auf Lebenszeit zu ernennen

und dürfen nur durch richterliches Erkenntniß ihres Postens entsetzt werden.

VI. Der Arbeits-Kontraktbruch ist auch ferner, wie jede andere Nichterfüllung von Privatvereinbarungen, dem Priorrecht und nicht dem Criminalrecht zu unterstellen.

VII. Unentgeltliche Rechtspflege, mindestens in allen Angelegenheiten, welche Arbeits- und Lohnverhältnisse betreffen.

VIII. Einrichtung einer Abtheilung für Arbeiterstatistik im statistischen Bureau des deutschen Reichs.

IX. Zur Aufstellung von Normativ-Bestimmungen über Arbeiter-Sanktionen- und Strafbefehlen ist eine Kommission vom Reichstage zu ernennen, zu der Delegirte der verschiedenen Gewerksvereine der Arbeiter heranzuziehen sind.

X. Die Vereins- und Versammlungs-gesetze: finden auf Koalitions- und gewerkschaftliche Unterstützungs-Vereine keine Anwendung.

XI. Aufhebung der industriellen Beschäftigung der Strafzangenen, soweit dieselbe über den eigenen Bedarf der Strafanstalten hinaus geht.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Erstakt, 1. Januar. Da Herr Bierst in Mainz trotz aller Mahnen das Manuscript zu dem Protokoll des Mainzer Congresses noch nicht eingeschickt hat, so ersuchen wir denselben hierdurch nochmals, dasselbe entweder fertig an den Ausschuss, oder die dazu gehörigen Schriftstücke, Telegramme u. s. w. an den zweifachen Schriftführer Herrn Joh. Rudolph, Gotthardstraße 29 hier, zu senden. Solche grenzenlose Nachlässigkeit kann doch wahrlich das Interesse der Gewerkschaft nicht fördern, man wäre bittend dazu berechtigt, etwas Anderes dahinter zu vermuthen.

Die Controlcommission. Wihl. Kummer, Vors.

Allgemeiner Böttcher- (Küper-) Verein.

Berlin, 2. Januar. Da in diesem Monat gedruckte Abrechnungen den verschiedenen Mitgliedschaften überhandt werden, so ersuche ich, Gelder, Name und Wohnung der Bevollmächtigten unter Beifügung der Mitgliedschaften zahlen, recht pünktlich an mich zu senden. Ferner ersuche ich Herrn Wielisch (Dreslau), dessen derselbe doch Vereinsfachen verlangt und empfangen, die Dreslaener Kollegen ihren Ansichten bis jetzt aber nicht nachgelassen sind und in dem beizutreten, die Sachen wieder retour zu senden, weil wir (der Vorstand) sie anderweitig verwenden werden. Ebenfalls theile ich, den Mitgliedschaften mit, daß, wenn jede Stadt, welche Vereinsfachen hat, ihre Pflichten erfüllt, unser Verein auf 19 Mitgliedschaften bestehen würde. Unsere Mitgliedschaft Birnbaum stellt binnen Kurzem eine Lohnforderung von 20—25 Prozent, weshalb ist der Bezug von dort fernzuhalten. Von verschiedenen anderen Mitgliedschaften wird eine Kranken-Unterstützungskasse gewünscht. Ich fordere deshalb Diejenigen, welche dafür und dafür gegen sind, auf, mich davon in Kenntniß zu setzen; sobald die Majorität für dieselbe ist, werden die Berliner Mitglieder sich zur Gründung vorbereiten.

F. Gragert, Kassirer, Fehrbellinerstr. 44.

Correspondenzen.

Leipzig, 7. Januar. Am vergangenen Sonntag und gestern waren Volksversammlungen in Eyrna und Zwenkau. In Eyrna sprach Herr Ullrich u. c. Als Segner hatten sich der Kaufmann Spary aus Reudnitz und Cantor Dünneber aus Zwenkau eingefunden. Der Erfolg war für die Candidatur Jacobs's ein durchschlagender, und war es dem Großprognosen Geharen des Herrn Spary mit zu danken, daß die Versammlung einen so günstigen Verlauf nahm. In Zwenkau, wo Rauert und Trost referirten, hatten die Anhänger Birnbaums einen angetrunkenen Menschen engagirt, der sich die Aufgabe gestellt zu haben schien, als Clown die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen; das gelang ihm denn auch so vollständig, daß er schließlich kopfüber zum Saale hinausgeworfen wurde. Wenn die Stimmung der Versammlung als Ausdruck der Stimmung Zwenkaus zu betrachten ist, dann dürfte auch dort Jacobs mit Majorität gewählt werden.

Leipzig, 2. Januar. Es ist wohl noch frisch in Jedermanns Gedächtniß, wie im vorigen Sommer die ganze liberale Presse namentlich in Deutschland, sich abmühte, den damals in Europa reisenden Schah von Persien vor allem Volk lächerlich zu machen. Ja, die ganze noble Bourgeoisie konnte kaum ein größeres Vergnügen, als sich die Knipabende dadurch zu kürzen, daß sie sich über diesen Despoten von ihren Blättern gebrachten Aberschheiten zu tausendmalen wiederholte. Und doch ist der Schah nicht so albern, als man hier dem Publikum weiß machen wollte und verdient wohl, manchem seiner Bettern als nachahmendes Beispiel aufgestellt zu werden. Hören wir nur. Als vor einigen Jahren in Persien eine Hungersnoth ausbrach, landte der Schah seine tüchtigsten und beliebtesten Staatsmänner Mirza Jussuf Khan, der in Europa seine Studien gemacht hatte, mit einer bedeutenden Summe aus dem Staatschatz nach Astrachan, um dort Lebensmittel für das hungernde Volk anzukaufen. Mit blauen Bohnen den Hunger zu stillen, kennt man ja in Persien noch nicht. Der schlaue europäische Staatsmann machte seine Einkäufe; aber da auch er an Hunger litt, an Geldmangel, wie mancher andere große Staatsmann, so suchte er denselben auf Kosten der armen Hungersleider zu stillen. Bald nach seiner Rückkehr wurde jedwede auf Befehl des Schah eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet, woraus sich ergab, daß Mirza Jussuf von dem ihn anvertrauten Geld gegen 50,000 Thaler in seinen eignen Wagen, d. i. seine Taschen hatte hinabdrücken lassen. Und um diesen großen Staatsmann zur Unterdrückung zu ziehen, bedurfte es ebensowenig eines Posters zum Schlagen der großen Pörmtrömmel, als eines nach der Commandopfeife tanzenden Gerichtshofes, wie dies ja hier und da in dem civilisirten Europa heute noch vorkommen soll. Nein, der Herr wurde als gemeiner Dieb entlarvt und — auf geschickte Weise über die Grenze speidert, meint ihr? oder gar pensionirt? — auf Befehl des Schah — hingerichtet. Erlernen wir hieraus nicht ganz deutlich, wie weit das persische Volk in der Cultur noch hinter uns zurück steht, und wie es unter solch abscheulicher Re-

gierung wohl noch Jahrhunderte braucht, um beglückt wie wir andrufen zu können: „Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen?“ Und wie roh und ungehobelt würden solche Barbaren erst unsere Gräber und sonstige Volkshäuser behandeln! Wie sollte es dem armen Stroußberg und Genossen, die doch nur Millionen ersparten, dort gegangen sein! Es ist doch wahr, der Schatz von Perlen ist recht albern: in Europa klopft er Prinzeßinnen auf die entblößten Schultern — und noch dazu vor Zuschauern, und in der Heimath hängt er die großen Diebe. Gabe das nicht ein schönes Bild für die Gartenlaube?

Wötha, 5. Januar. Hier hielt gestern Herr Professor Birnbaum eine Wählerversammlung ab. Als er merkte, daß Sozialdemokraten amwesend seien, begann er gegen dieselben loszugehen. Er verteidigte sich unter Anderem gegen den Vorwurf, daß er „Gründereien“ treibe und meinte in edler Einfalt, er habe sich nur „aus Patriotismus“ an den Wächweiler Tuchfabriken beteiligt. Nachdem der Herr Professor zugestanden, daß er damit „reingefallen“, meinte er, das Geschäft sei solid, denn der Staatsanwalt habe nichts Schwindelhaftes daran entdecken können. Also die „Geschäfte“, bei denen sich Prof. Birnbaum beteiligt, müssen erst vom Staatsanwalt untersucht werden, um zu constatiren, daß sie nicht gerade Schwindel sind. Daß Leute, die sich an solchen „Geschäften“ beteiligen, nicht zu Volksvertretern taugen, zeigte treffend Ramm in seiner Erwiderung. Die Versammlung demonstrierte fortwährend gegen Birnbaum und nachdem dieser von Ramm in allen Punkten widerlegt, im wahren Rechte gezeigt und seine Verleumdungen zurückgewiesen waren, schloß die Versammlung. Die Herren „Macher“ und Freunde Birnbaums waren außer sich vor Aerger über die günstige Stimmung, welche unter der hiesigen Bevölkerung für Johann Jacoby herrscht. Nun, sie werden sich hoffentlich noch mehr zu ärgern haben und Herr Birnbaum dazu.

Lehnig, 30. Dezember. Am 28. Dezember fand auch hier nach längerer Zeit einmal wieder eine Wählerversammlung statt, die leider ausnahmsweise sehr schwach besucht war; der Grund hieron dürfte nur darin zu suchen sein, daß auf Befehl der hiesigen Behörde ein Entree von 2½ Gr. mußte erhoben werden. Und damit ja in keiner Weise dieser Befehl nicht umgangen werden, wurde die Casse polizeilich überwacht. Wie dieses Gebahren mit dem Vereins- und Versammlungsgesetz übereinstimmt, läßt sich wohl schwer erklären; es scheint aber immerhin eine Erfindung zu sein, die an sich selbst beachtenswert ist und verschiedene Nachahmungen werden nicht lange auf sich warten lassen. § 17 des Reichswahlgesetzes sagt ausdrücklich, daß Versammlungen, welche Bezug auf die Reichstagswahl haben, ungehindert stattfinden können, also von einem Entree ist da nichts erwähnt, folglich ist dieses auch nicht angezweifelt. Aber wie ist dem abzuwehren? Wiedererschließen werden streng bestraft! Und eine polizeiliche Anordnung tadeln? Dies ist immerhin auch etwas Gewagtes; es ist wohl auch gar nicht nötig, unheimlichen Tadel auszusprechen, es muß unbedingt der nächste Reichstagswahl sich angelegen sein lassen, Anordnungen zu treffen, das später (beson derartige Vorformnisse zu den Unmündlichkeiten gehören. (Richt. 1893. Aber es muß amtlich constatirt werden, daß eine Gesetzesverletzung vorliegt, deshalb ist zunächst Beschwerde zu führen. D. R.) Außerdem wurde die schwach besuchte Versammlung von dem Vorsitzenden des Lokalcomitès Karl Becker eröffnet und Herr Louis Broßmann aus Waldheim referirte in einer Weise, welche durchaus nichts zu wünschen übrig ließ. Unsere prinzipiellen Gegner hatten sich vorgezogen, nicht zu erscheinen, wahrscheinlich wegen des leidigen Entrees. Das Lokalcomitè der Arbeiterpartei des 10. Wahlkreises bl.

Coburg, 3. Januar. Am 28., 29. und 30. Dezember hielten wir die ersten Wählerversammlungen ab und zwar am 28. Dezbr. in Coburg, am 29. in Neustadt a. H. und am 30. in Rodach. In der ersten Versammlung, welche wir dem nationalliberalen Dr. Max Deber (Berlin) gegenübergestellt haben, tritt kräftig für seine Candidatur ein.

Wie überall, so hat man auch hier die alten abgedroschenen Phrasen und Hysterien aus der Kumpfkammer hervorgeholt. Doch diese Mittel wollen nicht mehr recht ziehen, die sehr stark thesesuchten Versammlungen fielen zu unsern Gunsten aus. Nur in einem Städtchen Rodach hatten wir eine kleine Feuerprobe zu beobachten, eine kleine Schaar von ca. 30 Mann Bourgeois, Beamte und Barone hatten sich, wie wir auf dem Heimweg erfahren haben, ermahnen 2 Tage vorher gegen uns verschworen, womöglich die Versammlung zu sprengen, da aber solches nicht gelang, so führten sie dieselbe auf eine ganz gemeine Weise.

Das Bureau fiel in ihre Hände, weil der große Theil der Gemeinbürger, Bauern und Arbeiter, von dieser Sache nicht die geringste Kenntniß hatten. Wir waren bloß drei Mann und konnten keine Stimmung im Allgemeinen durch den Stempel, den diese Herren aus der sogenannten gebildeten Klasse machten, nicht genau angehen.

So wurde denn ein Herr Bachmann als Vorsitzender gewählt, welcher aber vollständig unfähig war, eine Versammlung zu leiten, er übernahm nur die Rolle eines Mannes von vorherein einer „oppar“ größten Krakebler, als Bod kaum zu reden begonnen hatte. Ein Kaufmann Namens Hofmann war der Einzige, welcher heringeworfen den parlamentarischen Takt einhielt, suchte aber bei sich in dem Auftreten die amwesenden Kraker gegen uns zu hegen, er übernahm theils den Referenten Bod lächerlich zu machen, was ihm nicht gelang.

Der Bürgermeister Göy suchte ebenfalls die Menge zu reizen, indem er vor die Tribüne sprang, eine fast drohende Haltung gegen Bod annahm und schrie: Was reden Sie denn da eigentlich, es nützt Ihnen ja doch nichts. Sie sehen ja doch, daß die Leute nichts wissen wollen; er meinte die sogenannten Gebildeten. Ein Herr in der Person von Stofmaier meldete sich zum Wort und meinte, er wollte eigentlich etwas neues hören wollen, denn er gehöre keiner Partei an. Wir konnten aber aus seiner kurzen Rede nichts Interessantes herausfinden, als daß der „Herr“ gewünscht hätte, Bod abermals ungeheißlich vorgehen, oder wollte vielleicht der Mann auch dergleichen Missionpredigt hören. Ein Herr Krause hatte eine solche menschlichkeit an den Tag gelegt, daß er durch seine eigene Störrigkeit gar nicht gemerkt hatte, daß Bod trotz Schreien und Lärm den die hiesigen sogenannten Gebildeten die Hauptpunkte seines Programms erledigt hatte, er fragte zum Schluß, was denn eigentlich ein Gebildeter vertreten wolle. Berner hatten diese Herren sogar Kinder als Abgeordnete, welche mit den Füßen trampeln mußten. Da aber insofern die Haltung der Versammlung eine für uns günstigere war, indem von hinten eine Waise rief: ruhig aussprechen lassen! und zogen es die Herren vor, sich baldigst zu verziehen, und der leitende Bachmann, einer der Gebildeten, schloß die Versammlung ohne den Referenten Bod, der das Wort verlangt hatte, um auf den Angriff abzuwehren, das Wort zu erhalten. Doch nun richteten sich die „Gebildeten“ furchtbar gefürchtet, da sie gerade das noch theilhaft von dem bewirkt hatten, was sie bewirken wollten, indem die Leute massenweise zu uns kamen und sich mit dem was

Bod gesagt, vollständig einverstanden erklärten. Sie gaben uns das Versprechen, bei der Wahl kräftig für die Candidatur Bod's einzutreten zu wollen, wogegen wir das Versprechen abgaben, noch eine zweite Versammlung daselbst abhalten zu wollen. Wir hoffen, daß Rodach größtentheils für uns gewonnen wird, für die nächsten Tage haben wir noch mehrere Hauptorte zu besuchen und werden dann das Nähere kurz berichten. Mit sozialdemokratischem Gruß Friedrich Göpfert.

Hannover, 4. Januar. Hierdurch bringen wir zur Kenntniß, daß im hiesigen und hannoverschen Wahlkreise Parteigenosse August Bebel als Candidat zum deutschen Reichstage aufgestellt ist. Jedoch wird man fragen, warum so spät? da bereits schon am 10. die Wahlen stattgefunden? Wenn überhaupt in dieser Weise ein Beschulden und treffen sollte, so ist es nicht allein unsere Schuld, sondern die Peilung des Herrn Richter, welcher hier von Seiten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins als Candidat aufgestellt ist, machte uns viel zu schaffen. Nachdem wir aber vollständig klar wurden, daß wir unmöglich einem Herrn Richter unsere Stimme geben können, wurde schleunigst Parteigenosse Bebel unsererseits aufgestellt.

Die Gründe, warum wir einen Richter nicht wählen können, sind folgende: Als der Cigarrenmacherbund 12000 Mitglieder zählte, hatte Herr Richter nichts Eiligeres zu thun, als derartig anzutreten, daß die Zahl der Mitglieder auf 1800 zurückging. Auch war derselbe nie für eine Vereinigung, sondern nur für Zersplitterung. Auch ging derselbe Herr mit dem berühmten Dr. Schweitzer durch Dieb und Dünne und verteidigte ihn bis zur letzten Minute. Einem solchen Herrn unsere Stimme zu geben, wäre Berrath an der Arbeitersache. Aber einen andern Mann finden wir in den Drechslermeister August Bebel, welcher sich bereits im deutschen Reichstage bewährte als ein Mann, welcher es verstand, die Interessen des gesammten Volks zu vertreten. Er allein war es, welcher gegen die Kiegdanleihe 1870 stimmte im Interesse der Menschlichkeit. Auch trat er für die Gleichheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit verächtlich ein, daß er für diese Thätigkeit zu 2 Jahren Festung verurtheilt ist.

Männer der Arbeit! Einem solchen Manne unsere Stimme zu geben ist Pflicht eines Jeden. Und darum Männer der Arbeit, tretet am 10. Januar an die Wahlurne und wählt nur den Drechslermeister August Bebel, welcher für seine Liebe zur Menschheit in Hubertusburg gefangen sitzt. Mit Gruß

F. Schaare.

Saura, 28. Dezember. Am 21. Dezember vereinigten sich viele Gleichgesinnte, um ein Wahlcomitè zu bilden, aber nach einständiger Debatte wurde eine Mitgliedschaft gegründet, welche zur Zeit 18 Mitglieder zählt, in welcher zum Vertrauensmann einstimmig Hermann Unger, Strumpfwirker, gewählt wurde. Hoffentlich gelingt es uns, die Organisation in Bilde zu verfestigen, da ein rezer Geist und Eifer allseitig für unsere gute Sache herrscht. Zugleich hielten wir den 25. Dezember eine stark besuchte Wählerversammlung ab, in welcher unser aufgestellter Reichstagskandidat Julius Bahleisch in einer zweistündigen Rede, die gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse einer vernichtenden Kritik unterzog, und durch donnernden Beifall der ungefähr 300 Anwesenden unterbrochen wurde. Ueberhaupt versteht es Bahleisch, den Vorden zu bearbeiten, und seine Ernte wird eine gesegnete sein, denn noch nie habe ich gehört, daß es nur ein Gegner gewagt hätte, gegen uns anzutreten, wo Bahleisch spricht. Nun, das Volk wird dem aufläuternden Menschenfreunde in Bilde dankbar sein, indem er von allen Denkenden und Freieinwillenden gewählt wird. Wir werden alle das unsrige thun, damit ein vollständiger Sieg erlangt wird. Gruß und Handschlag allen Parteigenossen Daniel Zerabel, Schriftführer der Versammlung.

Biesbaden, 28. Dezember. Auf gestern Abend hatte das Centralwahlcomitè eine Wählerversammlung in Dieblich im Wath'schen Lokale abgehalten, welche auch zahlreich besucht war. Schon vor Eröffnung der Versammlung gestikulirten einige angetrunkene Bier-Coryphäen in allen Tonarten der Laster'schen Knäppeltheorie: „Die Theiler müssen hinausgeworfen werden, Lumpen, Wämmer, Nordbrennerhande“ etc. etc. Schon bei der Bureauwahl wurde eine halbe Stunde lang stürmisch debattirt, bis nach dreimaligem Abstimmen das Bureau in die Hände der Bildungsfresser fiel. Der Vorsitzende, ein Herr Krake, machte nun dem Centralcomitè Vorwürfe und wie dasselbe sich unterzogen könnte, in Dieblich eine Versammlung abzuhalten, wo kein Mensch von diesem Comitè etwas wüßte etc. etc. Nachdem demselben von Schweiz, Stetten, Barthen und Hirsch gehörig heimgeleuchtet wurde, erhielt dann Hirsch das Wort zu der Tagesordnung. Derselbe referirte in ausführlicher Weise über das Entstehen und die Thätigkeit des letzten Reichstages und ging dann zur Auslegung des Parteiprogramms über. Während seines sachlich gehaltenen Vortrags wurde er von den Harmonie-Aposteln durch Brüllen unterbrochen, während die Arbeiter jedesmal stürmische Hochs ausbrachten. Herr Hirsch ließ sich durch diese Störungen nicht aus seiner Gemüthsruhe bringen, sondern bedauerte sich noch bei den Störern, daß sie ihm Zeit ließen, sich während dieser Zwischenscenen allemal wieder zu erholen und kam dann auch nach 1½stündigem Referat glücklich ans Ende. Seine Rathlosigkeit verlegte selbst die Gegner in Verwirrung. Nach dem Vortrag ging es zur Disposition über und hatten sich 12 Gegenwärtigen eingeschrieben, denen aber einem nach dem andern gründlich von unserm Candidaten heimgeleuchtet wurde. Da die Gegner die Majorität in der Versammlung hatten, trauten sie ihre ganze Weisheit aus und empfahlen nun die Spar- und Consumvereine, und was die Hauptsache war, auch den Sparapostel Schulze-Delitsch als Candidaten, der Mana sei ihnen bekannt und das wären mit Laster und Conforten die richtigen Männer etc. etc. Ein Herr Eckhof oder Eckhold, früher Agitator für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, jetzt eifriger Spar- und Gewerksvereiner, pries die preussische Heereseinrichtung, der Staat müßte noch mehr Soldaten halten, das Volk könnte die Steuern bezahlen; wenn wir das Militär verminderten, hätten wir in den ersten 8 Tagen die Commune in Deutschland etc. etc. Ein Herr Wolf brachte nun seine Weisheit zu Tage, pries den Laster'schen Knäppel, meinte, die Arbeiter hätten ja auch Lohnerböhung bekommen und könnten also jetzt auch wehr Steuern bezahlen, und wäre es ganz weise, wenn die Regierung anstatt 225 Thaler pro Soldat nun 270 Thaler verlange; ferner glaubte derselbe einen Trumpf auszuspielen, indem er meinte, Herr Hirsch hat uns die Sünden der Börsenmänner und Gräber vor die Augen geführt, ich will Ihnen aber sagen, daß die Arbeiter ihre Arbeitgeber bestehlen, die stehlen ihren Herren den Arbeitslohn aus der Tasche, mehr, als die Gräber das Volk bestehlen. Dieser Bildungslämmel glaubte Wunder was er gesagt hatte und als Hirsch sich auch diesem gegenüber zum Wort meldete, erklärte er, er müßte die Versammlung schließen, weil er keinen Handschlag mit hätte; aber die Versammlung tagte weiter und Herr Hirsch konnte auch diese beiden Helden noch abtrumpfen. Nachdem Hirsch geendet, erhob sich ein furchtbarer Lärm, und der Vorsitzende schloß die

Versammlung. Die Vertreter der „Bildung“ stürzten auf uns ein, voran in voller Wuth Herr Brauer'scher Rath, welcher eine Hintertüre öffnete und seine Draufschneide hereintrieb, um uns zu packen und hinauszuschmeißen. Dieselben mußten die Sache aber falsch verstanden haben, denn sie führten zwischen einen Käuel der Bildungslämmel, worauf dann Herr Wath unsern Candidaten anpacken wollte, was aber durch den Schuhmann verhindert wurde. Einige handfeste Dieblicher Bürger verhinderten neue Ausschreitungen und brachten uns dann sicher aus Dieblich hinaus. Die Bildungsvereiner hatten uns und Hirsch den Tod an diesem Tage zugeschworen; eine schöne Bildungsabende! Wir kommen aber wieder und werden dann Auge um Auge, Zahn um Zahn vergelten.

Wir ersuchen alle Arbeiterorgane um Abdruck, damit dieser Akt unter den Arbeitern verbreitet wird.

Das Central-Comitè für den Volkscandidaten.

Mannheim, 30. Dezember. Hier scheint die Wahlbewegung interessant werden zu wollen, indem von Tag zu Tag neue Candidaten, fast möchte man sagen aus der Erde gestampft werden. Die nationalliberale Partei einigte sich in dem Hauptthun F. Scibio, der reich genug, das Volk unentgeltlich vertreten will. Die Blauen (denn es giebt hier gegenwärtig drei verschiedene blaue Fractionen) haben, wie verlautet, den Herren v. Feder aufgestellt, natürlich hinter Schloß und Riegel. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein hat schon seit mehreren Wochen das hiesige arbeitende Volk mit der Candidatur des Ausbeutens Schäfer hier beglückt.

Wie bekannt, haben wir Bebel aufgestellt und haben wir sicher Hoffnung, eine bedeutende Minorität als Lohn unserer ausdauernden Agitation zu erhalten. Mit noch einem künftigen und zwar von literaler Seite aufzustellenden Candidaten sollen wir besetzt werden. Die Nationalliberalen haben die Befürchtung, daß es zu einer Stichwahl kommen könne, weshalb ich namentlich unsere jungen Weinheimer Parteigenossen auffordere, kräftig zu agitiren, damit uns in Weinheim und Umgebung der Sieg gesichert wird. Deshalb nochmals, agitirt fleißig für Bebel.

Fr. J. Ehrhardt.

Mühlhausen, 28. Dec. Am 1. Weihnachtstfesttag berief der Bevollmächtigte der Schuhmacher-Gewerkschaft eine Wählerversammlung in den Räumen des Dozem ein. Die Tagesordnung war die „soziale Frage und die Reichstagswahl“. Das Referat hatte Herr W. Bod aus Göttingen übernommen. Es gelang demselben die Zuhörer, mit Ausnahme des Färbereimeisters Summr, unter großen Beifall für die Ideen der Sozialdemokratie zu begeistern. Den zweiten Punkt behandelte derselbe zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. Dagegenannter „Färber“ läßt sich nun betreffen, die Versammlung, die einen unzweifelhaft rothen Anstrich erhalten hatte, blau zu färben. Er ist ein „Färber“ im wahren Sinne des Wortes. In sozialer Beziehung machte er Propaganda für Schulze-Delitsch, im Politischen sei er liberal und bei der Reichstagswahl trat er für den conservativen Dr. Friedenthal ein. Unter nicht erdenklichem Beifall wurde vom Referenten die Unschicklichkeit seiner politischen Färberei nachgewiesen. Die Versammlung erklärte sich einstimmig für die Candidatur Bod's. Es wurde zur Wahl eines Wahlcomitès geschritten, um für die Wahl Bod's thätig zu sein. Erwähnen wir auch diesmal noch keinen Sieg, so wollen wir doch zeigen, daß es in der Stadt Thomas Münzer's Mann giebt, deren Herz für Recht und Freiheit schlägt. Alle Wahlfähigen des Wahlkreises Mühlhausen werden aufgefordert, nur für den Kandidaten W. Bod, Schuhmacher aus Göttingen zu stimmen und sich vorher mit unterzeichnetem Comitè in Verbindung zu setzen.

Mit Gruß
Schuhmacher H. Heißner, Unter Ragbaum. Schym. H. Bölig, Unter Ragbaum 953. Tischler R. Kohlhaus, Rattelfgasse. Tischler Ch. Genzel, St. Petri. Tischler Winterstein, Rilianstraße 555. Tischler Welsch, St. Nicolai.

Strasbourg, 1. Januar. Die Reichstagswahlen stehen vor der Thür, die „Cultivierung“ der Reichsland: durch Deutschlands Wächhaber soll sich zeigen. Die hiesigen Zeitungen verstehen sich prächtig, gewiß für nicht schlechte Darsellung, auf das Alarmschlagen über die Wahlbewegung. In Strasbourg selbst bekümmern sich nur Wenige darum, außer den Beamten sorgt Niemand trotz allen Lärms für die Wahl. Leider sind die Prinzipien der Sozialisten hier noch nicht bekannt genug, die eifrigsten Zeitungen schweigen die Bewegung gänzlich todt. Unser gewiß gerechter Haß gegen die preussisch-deutsche Regierung ist nicht löschbar, jedoch das deutsche Volk ist uns gleich lieb wie das französische. In neuen Jahre gilt es sich zu organisiren und Pflicht der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist es, baldigst die Anregung hierzu zu geben; eine große Anzahl Mitkämpfer werden sich sowohl in Strasbourg wie in Mühlhausen den Bataillonen der Arbeiterpartei anschließen. Glück auf zur Wahl!

Sozialdemokraten, wir beneiden Euch um Eure Kämpfe!
Im Auftrage: Ch. G.

Offene Antwort

an Herrn Fischer Schuldirektor (?) in Treuen.

Da es Ihnen nicht glaubhaft gewesen zu sein scheint, daß ich nach Schluß meiner Rede und nach gelungener Widerlegung der drei Leute, die inclusive eines Cantor Müller doch auch etwas sagen wollten, Abends 8 Uhr nicht zum Spaß in offenem Wagen nach Kengelsfeld gefahren bin, sondern deshalb, weil in Kengelsfeld zu dieser Zeit Versammlung anberaumt war, so muß ich leider Ihrem widersprechenden Willen, mir auf's Wort zu glauben, mit der schriftlichen Versicherung antworten, daß leider nur aus diesem Grunde nach fast 4stündiger Anwesenheit ich der Versammlung in Treuen nicht bis zu Ende beiwohnen konnte.

Von Leuten, wie Sie, sollte man freilich niemals erwarten, daß ein Mannes-Wort zur Befestigung der Wahrheit gilt; das beweist mir die edle Dreistigkeit, mit welcher Sie in Nr. 1 des Treuener „Stadttrath-Blattes“ an mich schreiben: „Da es Ihnen nicht möglich gewesen zu sein scheint“ und: „In meinem Leidwesen verschwanden Sie so plötzlich“ — womit Sie natürlich den Lesern des Blattes glauben machen wollten, ich habe mich vor einer „Auseinandersetzung mit Ihnen, im Interesse der Wahrheit“ — wie Sie zu sagen belieben — gefürchtet, und darum schleunigst mich gedrückt.

Ich gehöre natürlich nach Ihrer Meinung zu denen, die einen solchen Hundemuth haben, und sich vor der Weisheit von Leuten Ihres Schlages brücken.

Denn ob Sie uns auch je einmal versichern, Sie gehörten der national-liberalen Partei nicht an, so besagt das einfach gar nichts, denn ob nationalmiserabel, oder reichsparteilich oder konservativ — alle diese verschiedenen Benennungen lassen sich in dem einen Wort: reaktionär ausgezeichnet zusammen fassen.

Es darf uns deshalb auch nicht wundern, wenn Sie „die Prinzipien des sozialdemokratischen Standpunktes“ nicht

billigen. (Herr Fischer! man sagt mir, Sie seien Schuldirektor; vor dem blühenden Unfann, der in den „Prinzipien des Standpunkts“ zu Tage tritt, graut mir; warum auch treiben Sie nicht lieber Stylübung und deutsche Sprache, statt in Volkerverfassungen zu gehen?)

Doch es bleibt dabei, nach Ihrer Meinung „sind die Prinzipien des sozialdemokratischen Standpunktes staatsgefährlich und somit die Wirksamkeit eines sozialdemokratischen Abgeordneten für das Wohl der Staatsbürger schädigend.“

Sie wollten ohne Zweifel sagen, daß die Prinzipien der Sozialdemokratie staatsgefährlich seien, da ein Standpunkt doch nicht Prinzipien haben kann, (nicht wahr, Herr Schuldirektor Fischer, so war es gemeint?) und da antwortete ich denn: Ja wohl! für einen Raubstaat und Ausbeuter-Staat sind diese Prinzipien höchst staatsgefährlich, und für das Wohl der Sorte von Ausbeutern, die man mit dem Worte Ausbeuter, Gräber, Arbeiterschänder und Börsenjobber bezeichnet, ist die Thätigkeit eines national-liberalen Abgeordneten freilich nicht so schädigend, als es die Thätigkeit eines sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedes sein würde. Freilich, für den Staat überhaupt und für das Wohl der Arbeiter und Handwerker kann das sozialdemokratische Prinzip ja auch gar nicht schädlich sein; den Beweis, daß dies doch der Fall, ist Herr Fischer wohlweislich schuldig geblieben.

Daß Sie die Mühe haben zu schreiben: „in hoher Weise enttäuscht dadurch“ u. s. w., nachdem ich Ihnen und Ihregleichen bereits in Treuen den Staat gestochen, warum wir Sozialdemokraten nicht wie die nationalliberalen Schwäger alle Wochen ein, anderes Programm aufstellen, um leins zu halten, in jeder Versammlung das Volk durch „neue Gesichtspunkte“ täuschen durch neuersundene Phrasen belügen und betrügen, ist so charakteristisch, daß ich eigentlich nicht begreife, warum ich nicht allwissend bin, ich hätte Ihnen zu Gefallen dann wenigstens gewünscht, was „gewisse“ Herrn (warum denn „gewisse“ Herrn?) von mir schon gesagt, und hätte die nationalliberale Partei in anderer Weise gekennzeichnet, und, darauf können Sie sich verlassen, zu kurz wären Ihre nationalmiserablen Freunde, die Bismarck'schen Fasager ebenso wenig gekommen, als dies so der Fall ist. Doch es war so besser, und ob Sie mich für einen Nachbeter der „gewissen Herren“ halten, ist mir höchst gleichgültig. Aber, Herr Fischer, wie um's Himmels Willen kommen Sie dazu, sich so zu blamieren und durch 9 begangene Citate aus meiner Rede beweisen zu wollen, daß „nicht durch die Macht der Wahrheit“, sondern durch „vergleichene Mittel“ ich den zweifellosen Erfolg in Treuen errungen hätte? Wem, Herr Fischer! ich frage, wem wollen Sie das weiß machen?

Schämen Sie sich denn nicht als Pädagoge, den Leuten solche Dummheiten aufbinden zu wollen?

Fast drei Stunden lang habe ich gesprochen und aus dieser langen Rede bringen Sie mit Ach und Krach 9 Sätze heraus, die Sie für dialektische Kunstgriffe halten, und wollen nun behaupten, diesen „Kunstgriffen“ verdanke ich den Erfolg. Herr Fischer, mir bangt um Ihren Verstand, wenn Sie noch oft in Volkerverfassungen gehen. Wie es mit ihrer Wahrheitsliebe beschaffen ist, beweist folgender Satz Ihres offenen Briefes:

„Zunächst muß ich bemerken, daß es absichtliche Täuschung des Arbeiterstandes ist, wenn Sie kein Wort davon sagen, daß auch die meisten andern politischen Parteien die wesentlichen Punkte Ihres Programms vertreten, daß es also durchaus nicht eines Sozialdemokraten bedarf, um das herbeiführen zu helfen, was Sie angeblich allein anstreben.“

Herr Fischer! Großer Pädagoge, nennen Sie uns doch gefälligst die meisten der andern politischen Parteien, die die wesentlichen Punkte unseres Programms vertreten. Ich glaube, Sie sind eben erst vom Himmel heruntergefallen, denn sonst könnten Sie solchen Unfann nicht zu Tage fördern.

Doch weiter zu Punkt I. Wie genial Sie da plötzlich wieder geworden sind; welcher Geistesblitz von Ihnen, zu entdecken, daß Derjenige, welcher das Wahlrecht erhält, auch wählbar sein müsse. Welche göttliche Weisheit Sie uns da enthüllen, wenn Sie herausdünsten, daß bei einem Wahlrecht, welches alle Staatsbürger vom 20. Lebensjahre an ausüben können, auch alle gewählten Vertreter und die Regierungen aus Zwanzigjährigen bestehen müßten! Herr Fischer! solcher Weisheit gegenüber war Solon ein Stümper.

Doch weiter zu Punkt II. Hier wiederhole ich nur, was ich bereits in der Versammlung selbst gesagt: Keine neue Vermehrung des stehenden Heeres um 33,000 Mann, ebenso wenig eine Erhöhung des Militäretats, der sich auf nahezu 133 Millionen steigern würde, wenn die Mehrforderung pro Soldat von 225 auf 300 Thaler durchginge, wie dies der Bundesrath wünscht. Dagegen zunächst Einführung der einjährigen Dienstzeit und dann Umwandlung des stehenden Heeres in eine Volkwehr. Und das, Herr Fischer, ist mein voller Ernst, trotz des „Vaterlandverräther“, den Sie in recht denunziatorischer Weise mir an den Kopf warfen. Um den „Mordpatriotismus“ der Bourgeoisie, der aus Geschäftsgründen Kriege und stehende Heere braucht, und um den „Prozentpatriotismus“ derselben Leute, die zur deutschen Kriegsanleihe trotz 12 Proz. Provision und 6 Proz. Zinsen kein Geld hatten, dagegen die französische Staatsanleihe doppelt und dreifach überzeichneten, und die, Herr Fischer, Ihre Ideale sind, beneide ich Sie in der That nicht, noch weniger um den leichten Sinn, mit welchem Sie selbst jedem Kinde in der Wiege einen neuen Steuerzuschlag von 1 Thlr., jeder Familie von 5 Köpfen einen solchen von fünf Thalern pro Jahr aufhelfen würden, um nur ja mehr Soldaten zu haben.

III. Wahrhaftig komisch aber werden Sie, Herr Fischer, in Ihren Argumentationen gegen Punkt 7 unseres Programms: Unentgeltliche Rechtspflege. Wollte man nach dem Sprichwort urtheilen „Was ich selber thue, trau ich Andern zu.“ so müßten Sie ein recht zänkischer, gallüchtiger und prozessüchtiger Bürger sein, der nur auf die passende Gelegenheit wartet, seine Nachbarn zu klanieren. Anders würden Sie doch wohl eine bessere Meinung von Ihren Mitmenschen haben, als daß dieselben nur durch die Furcht vor den „Kosten“ von leichtfertigen Prozessen abgehalten werden könnten. Wie schlecht kennen Sie doch die Menschen, und wenn dem so wäre, wie Sie schreiben, was Gott sei Dank nicht der Fall ist, wer trüge die Schuld? Antwort Herr Fischer! Doch die schlechte Erziehung, die schlechten Lehrer, Sie nicht angeschlossen, mein werther Herr Schuldirektor. Und wenn Sie nun gar das Jongleurstückchen verüben, und um den alt-deutschen Rechtsgrundsatz „daß Jeder nur von Seinesgleichen, von Leuten seiner Klasse, seines Standes gerichtet werden sollte,“ den ich als Argument für Eidschwore und gegen Schöffengerichte so nebenher angeführt hatte, lächerlich zu machen, sagen: „dann müßten die Spigbuben die Spigbuben richten“, so vermag ich ob solcher Spigbuben-Logik nur die Hände über dem Kopfe zusammen zu schlagen. Ein wahres Glück, daß meine Kinder nicht ihre Schüler sind.

Doch die meisten Kopf- und Beutelschmerzen scheint Ihnen

IV., Punkt 9 gemacht zu haben, und scheint die Forderung einer progressiven direkten Einkommen- und Vermögenssteuer gar nicht nach Ihrem Geschmack zu sein. Insbesondere fürchten Sie, mit zu den 10 Prozent zu gehören, die dann alle Staatslasten allein würden tragen müssen.

Obgleich ich nun in meiner Rede den Satz von 400 Thaler als steuerfreies Einkommen nur beispielweise angeführt hatte, so will ich doch Ihnen zu Gefallen nunmehr positiv aussprechen, daß ich verlange, daß jedes Einkommen unter 400 Thaler steuerfrei sein solle.

Und nun Herr Schuldirektor Fischer merken Sie auf, damit Sie nicht wieder mir die Worte im Munde verdrehen. Ich habe nicht gesagt, daß die 92 Prozent der Bevölkerung Arbeiter seien, von denen Jeder nur 200 Thaler oder überhaupt 200 Thaler Einkommen hätte, sondern ich habe gesagt, 90—92 Prozent der Bevölkerung gehören zu den nichtbesitzenden Klassen und nur 8 bis 10 Prozent gehören zu den Reichen. Vielleicht interessiert es Sie, zu erfahren, wie das Einkommen sich vertheilt, und da es in andern Ländern, speziell in Sachsen nicht besser ist als in Preußen, so gebe ich die mir über das Volkseinkommen in Preußen zu Gebote stehenden Notizen zum Besten.

In Preußen gab es 1872 8,900,000 selbständige Personen, die ein eignes Einkommen hatten; von diesen beziehen 7,251,927 Personen oder 81,700/100 Prozent ein dürftiges Einkommen, durchschnittlich circa 190 Thaler, im Ganzen 1,396,900,000 Thlr. 1,197,399 Personen, oder 13,400/100 Prozent haben ein mäßiges Einkommen von durchschnittlich 420 Thlr., im Ganzen 504,100,000 Thlr. 291,436 Personen oder 3,300/100 Prozent haben ein hohes Einkommen von durchschnittlich 880 Thlr., im Ganzen 256,400,000 Thlr. 159,238 Personen oder 1,800/100 Prozent haben ein Einkommen von durchschnittlich 3000 Thlr., im Ganzen 476,400,000 Thlr. Die 200 reichsten Leute haben ein Einkommen von 25 Millionen.

Rechnen wir also die Hälfte der zweiten Klasse, mit 420 Thlr. Durchschnitts-Einkommen, zu denen, die über 400 Thlr. Einkommen haben, so erhalten wir

6,72 Proz. mit 252,050,000 Thaler Einkommen
3,77 " " 256,400,000 " "
1,80 " " 476,400,000 " "

oder 12 1/2 Proz. mit 984,850,000 Thaler Einkommen.

Herr Fischer! sollte Ihnen nun nicht bald eine Ahnung aufdämmern, daß es recht gut möglich ist, daß die 10 Prozent, die ich als die Besitzenden und Reichen bezeichnet habe, durch die progressive Einkommensteuer die Steuerfreiheit der 90 Proz. ermöglichen können? Erinnern Sie sich ferner, daß ich sagte, durch Uebernahme aller Eisenbahnen und Banken kann der Staat ungeheure Summen, durch die heut einzelne Kapitalisten nur immer reicher gemacht werden, aufnehmen und zu Steuerermäßigungen verwenden; und ich schätze diese Summen auf mindestens 100 Millionen Thaler pro Jahr. Nicht wahr, Herr Fischer, es fängt an Licht in ihrem Kopfe zu werden?

Aber ferner: war nicht Sie, Herr Fischer, aber ich, als Sozialdemokrat, verlange Abschaffung der Militärlasten, zunächst durch nur einjährige Dienstzeit. Meinen Sie nicht auch, daß damit schon kolossale Summen, die ich auf ca. 30 Millionen Thaler veranschlage, würden erspart werden? Und was sagen Sie zu folgendem Argument? Ist es etwa nicht nur recht und billig, wenn die 10 Proz., die die Reichen und Besitzenden ausmachen, denen alle Vortheile des Staates heute in weit überwiegendem Maße zu Gute kommen und in deren Interesse ausschließlich das stehende Heer, welches jetzt schon jährlich zweiundneunzig Millionen, achtmalhunderttausend Thaler kostet, da ist, wenn diese 10 Proz. auch die Lasten zur Erhaltung ihres Staates, die Kosten zur Erhaltung ihres Heeres allein zahlen?

Leider zahlen diese Leute aber überhaupt die Steuer so wie so nicht aus ihrer Tasche, sondern sie schinden dieselbe aus den armen Arbeitern, Handwerkern und Landleuten heraus. Nicht wahr, Herr Fischer, darin geben Sie mir doch recht?

Sie sehen nun auch wohl ein, daß der Faustschlag, den ich durch die geforderte Steuerbefreiung den von mir vertretenen Klassen ins Gesicht versetzt haben soll, nur in Ihrer erhitzen Phantasie zu suchen und zu finden ist, denn Sie, gottvoller Logiker, merken gar nicht, welcher schrecklichen Faustschlag Sie damit Denen versetzen, die heut schon sehr wohlhabende und reiche Leute gewisser Stände auch von den Communal-Abgaben befreit haben, nachdem dieselben Staatssteuern schon lange nicht zahlen. Ich hätte nicht geglaubt, daß Ihre „gelehrten“ Interpretationen Sie zur Behauptung solcher Albernheiten verleiten würden. Wissen Sie denn gar nicht, daß die Offiziere, Geistliche und andere Staatsbeamte zur Erhaltung des Ganzen so gar nichts an Steuern beitragen, und doch keine „Lumpen“ sind, wie Sie diejenigen Klassen zu nennen belieben, für welche ich Steuerfreiheit fordere.

Herr Fischer, nehmen Sie sich in Acht! Das erwachende Ehrgefühl der Leute, die Sie als „Lumpen“ bezeichnen, dürfte schwer mit Ihnen ins Gericht gehen.

Ich wäre nun mit Ihnen fertig, und Sie dürfen sich gewiß nicht beklagen, daß die Antwort zu kurz, oder nicht bündig ausgefallen wäre; im Gegentheil, obgleich nur ein Fischergeselle, wie ein eingebildeter Narr in Treuen höhnisch mich genannt hat, befehle ich mich doch stets, mein bißchen gesunden Menschenverstand so anzuwenden, als es nothwendig ist: Im Dienste der ausgebeuteten und bedrückten Klassen, im Dienste der Freiheit.

Reichenbach i. B., den 5. Januar. Th. Dord.

Reichstagswahlfond.

v. Dietrich Reudnig gef. Gr. 18 4. Ueberf. d. Verf. in Jwentan 20 Gr. Ueberf. d. Verf. in Brandis Thlr. 1 3. D. S. hier von Pianofortarbeiten Thlr. 1 22 6. F. d. 12. Wahlkreis, v. Arbeitern einer Instrumentenfabrik Thlr. 2 2.

Fond f. pol. Gemahregelte.

Scatclab d. Rothen hier Gr. 17 5.

Briefkasten

der Redaktion: W. Wirths in Berlin: Wir konnten wegen Stoffandrangs das Eingefandte leider nicht dringen, in nächster Nummer wird es erscheinen. E. R. in Dresden: Nachricht, wenn wir Zeit haben. J. R. in München: Brief folgt. A. W. in Frankenhäuser: Briefe folgen, sobald uns die Wahlagitiation irgend welche Zeit läßt. E. F. E. in Stollberg: Wir müssen das Bewußte leider nochmals auf die nächste Nummer verschieben.

Unsere Inbetrachtungs-Freunde bitten, sie nach der Wahl-schlacht nur in Ausnahmefällen mit Telegrammen zu bedenken, da dieselben, in Folge der mangelnden direkten Verbindung, meist nicht früher anlangen als gewöhnliche Briefe, und überdies, da Extraboten genommen werden müssen, den Empfängern bedeutende Kosten verursachen. Am praktischsten ist die Mittheilung durch Correspondenzarten.

der Expedition: H. B. Wypfeler Reuweg die sendenden Nr. 5, 10, 12, 22, 24 sind bei uns nicht mehr vorhanden, ebenso ist das ver-

langte Buch bereits vergriffen. Louis Sch. Lauffen die Ann. betritt Ihren Absicht und steht in Nr. 69. 2. F. Grotisch Ihrer Einladung zu folgen war unmöglich, da der Arbeiterlandtag des Wahlkreises am selben Tage anderwärts Versammlung abhielt. Damenth. Berlin die Ann. f. Okt. u. Nov. betragen 22 Gr., und sind bezahlt, die Ann. f. Sept. mit 9 Gr. ist hingegen noch im Rest.

Anzeigen etc.

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, d. 10. Januar, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Herrn Derosche, Köpplerstraße 145.

Tagesordnung: Kassenbericht. Wir bringen hierdurch zur Kenntniß, daß Herr G. Lemke, als Bevollmächtigter gewählt worden ist. G. Lemke, Simonstraße 25, 4 Treppen.

Berlin Metallarbeitergewerkschaft. Sonnabend, d. 10. Januar, Abends halb 9 Uhr, Monatsversammlung, Auguststraße Nr. 80, bei Racke.

Kassen- und Revisionsbericht. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Der „Volksstaat“ liegt aus.

Hannover Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, regelmäßig Versammlung, wozu Freunde Zutritt haben. Der Vertrauensm.

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein. Freitag, d. 9. Januar, Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. Tagesordnung, die Reichstagswahlen. Der Vorstand.

An die Arbeiter Leipzigs und der Umgegend.

Sonnabend, d. 10. Januar, ist der Tag, an welchem es gilt, in dem 12. u. 13. Wahlkreis unsere Arbeitervertreter durchzubringen, was aber nur möglich ist, wenn wir mit voller Energie eintreten. Das Centralwahlcomité hat bis jetzt seine Schuldigkeit gethan, aber neue Kräfte sind nothwendig, wenn der Sieg vollends errungen werden soll, und deshalb fordern wir auch, Ihr Arbeiter (auch die nicht wahlberechtigten) auf, um am Wahltag zu unterstützen und Behufs einheitlicher Vertheilung der Kräfte Freitag, d. 9. Januar Abends 8 Uhr bei Jabin, Turnerstr. Nr. 3, zu einer Besprechung zu erscheinen. Im Auftrage des Centralwahlcomités: D. Stelzer, Vors.

Sonnabend, den 10. Januar 1874, Abends halb 8 Uhr, Reichstagswahlfest in Glauchau im Theaterlocal.

Bestehend in großem Concert vom gesamten Stadtmusikor, unter persönlicher Leitung des Herrn Capellmeisters Schmidt, Festrede u. Ansprache von verschiedenen Rednern, sowie Massengesang und Besetzung der eingehenden Depeschen aus verschiedenen Wahlbezirken. Entree à Person 2 Gr. gegen Verabreichung des Programms nebst Festbüchern. Das Wahlcomité.

Achtung!

Leipzig: Die noch am 10. Januar Abends bekannt werdenden Wahlergebnisse namentlich der 13. Wahlkreise bitten wir, per Telegraph zu senden, Ritterstraße 43, Arbeiterbildungs-Verein. Das Wahlergebnis des 12. u. 13. Sachs. Wahlkreises gehen wir per Draht nach Dresden, Grimnitzkau, Chemnitz, Braunschweig, Mainz, Nürnberg u. München den Redact. der dortigen Partei-Blätter bekannt.

Warnung!

Agram. Nachdem der Schriftföhrer, Gabriel Grünhut, gewesener Schriftföhrer des Gewerbe-Arbeitervereins in Agram, wegen den Unzulänglichkeiten, die er sich zum Nachtheile des Vereins zu Schulden kommen ließ, aus dem Verein ausgeschloffen und gegen ihn die gerichtliche Unterjuchung eingeleitet worden ist, er sich aber in Agram nicht mehr befindet, erachtet der gefertigte Ausschuß es als seine Pflicht, sämtliche Arbeitervereine des In- und Auslandes vor dem zu allen Schwindeleien fähigen Individuum dringend zu warnen und ersucht alle Arbeiterklüster um freundliche Aufnahme dieser Warnung. Agram, 2. Januar 1874. Der Ausschuß des Gewerbe-Arbeitervereins in Agram.

Ein Regenschirm Expedition des „Volksstaat“.

ist bei uns stehen geblieben.

Berspätet.

Am 1. Januar a. c. wurde meine Frau von einem gesunden Junge entbunden. Leipzig, 1. Januar 1874. Ernst Rudolph Schneider.

Lassalle's Schriften.

In neuer Auflage erschienen bei J. Köhling, Leipzig Körnerstraße 1 F. Lassalle's „Fichtiges Politisches Vermächtniß“ à Stück 1 1/2 Gr. (50 Stück 1 Thlr. 20 Gr.) F. Lassalle's „Verfassungswesen“ „Was nun?“ und „Macht und Recht“ (in einem Heft zusammen, à Stück 3 Gr., 25 Stück 2 Thlr.) Um geneigte Bestellung ersucht J. Köhling.

Anzeige.

Von der Schrift Die parlamentarische Thätigkeit des Reichstags

ist eine 2. Auflage in 5000 Exemplaren erschienen. Wir ersuchen dringend, von diesem wichtigen Agitationsmittel den rechten Gebrauch zu machen, v. h. für die weitestehende Verbreitung desselben Sorge zu tragen.

Gegen Einsendung des Betrags liefern wir 30 Stück für 1 Thlr. unfrankirt. — Wer nicht selbstthätig in die Agitation eingetreten vermöge, möge durch Vertheilung dieses Schriftchens die Seine zur Errichtung des Partei-Zweckes beitragen. Die Expedition des „Volksstaat“.

An die Filialexpeditionen.

Von der Brochure „Leipziger Hochverrathsprozess“ sind alle abgezählten Expl. der Lieferung 1—10 (besonders von Lieferung 4) sofort zu retourniren. Zugleich bringen wir zur Kenntniß, daß alle Schriften, welche in boar bezahlt wurden und wofür augenblicklich keine Verwendung ist, 15. Januar an uns franco rückgesandt werden müssen.

Leipzig: Besant. Redacteur: R. Preißer. (Redaktion u. Expedition: Reuweg 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchhandlung.